

**Zeitschrift:** Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss forestry journal = Journal forestier suisse  
**Herausgeber:** Schweizerischer Forstverein  
**Band:** 129 (1978)  
**Heft:** 11  
  
**Rubrik:** Mitteilungen = Communications

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**Ökologische Orientierung der Raumordnungspolitik**

*Zur Jahrestagung 1978 der deutschen Akademie für Raumforschung  
und Landesplanung*

von H.-J. Leibundgut, Zürich

Oxf.: 911

Nachdem vor allem im vergangenen Jahrzehnt teilweise mit Erfolg angestrebt worden war, die Probleme der Raumordnungspolitik aus der früher dominierenden Ebene der technischen Gestaltung zu lösen und in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu stellen, scheinen nun die Belange des Umweltschutzes in der internationalen Diskussion wieder verstärkt in den Vordergrund zu treten. Dies überrascht, wurde doch die Umweltpflege in der Politik nach ersten Höhepunkten um 1970 vor allem seit dem Einsetzen der Rezession wieder eher in den Hintergrund geschoben. Der Vorrang gehörte in der Zeit des Krisenschocks wieder eindeutig den Massnahmen zur Förderung des (quantitativen) Wirtschaftswachstums. So sollten die alten Postulate nach Begünstigung einer dezentralisierten und qualitativ vielseitigen regionalen Entwicklung vermehrt durch eine betont wachstumsorientierte Politik mit starker räumlicher Zentralisierung und regionaler Spezialisierung ersetzt werden, und als Gegenstück zur geforderten demographischen und wirtschaftlichen Ballung in den Agglomerationen wurde die Schaffung «ökologischer Ausgleichsregionen» grossen Massstabes empfohlen.

Gegenwärtig bahnt sich international offenbar eine *Neuorientierung* an. Sie zeigte sich dieses Jahr u. a. bereits im Rahmen des vom Europarat im vergangenen Frühjahr organisierten Seminars über «Probleme der Belastung und der Raumplanung im Berggebiet», an welchem die *Nachteile konventioneller entwicklungspolitischer Konzeptionen* für das Berggebiet hervorgehoben und neue Wege gesucht wurden, dies unter Einbezug bisher vernachlässigter Werte der Kultur und der natürlichen Umwelt.

Noch stärker kamen solche Tendenzen an der wissenschaftlichen Plenarsitzung 1978 der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zum Ausdruck, welche kürzlich in Saarbrücken stattfand. Die Jahrestagung dieser für Fragen der Raumordnung im deutschen Sprachraum führenden Institution stand bezeichnenderweise unter dem Thema «Die ökologische Orientierung der Raumplanung». Mit den Referaten und Diskussionen, auf welche hier im einzelnen nicht näher eingetreten werden kann, wurde in erster Linie angestrebt, die *ökologische Denkweise*, so vor allem die Forderung nach einer zur Gewährleistung langfristiger Stabilität nötigen *Vielfalt* des Lebensraums, auf die gesamte Raumordnungspolitik auszudehnen. Demzufolge werden die *Dezentralisierung* der Bevölkerung und der

Wirtschaft sowie die *Durchmischung* des Raumes wieder klar als Ziele der künftigen Politik in den Vordergrund gerückt. Eine extreme räumliche Konzentration und Spezialisierung verstösst nach dieser Konzeption gegen die Erfordernisse des Ausgleichs und der langfristigen Sicherheit.

Es besteht zwar Einigkeit darüber, dass solche Anliegen in extremer Ausprägung mit der zur Erhaltung des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes nötigen Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaft nicht vereinbar sind. Daher wurde als wegleitendes Denkmuster einer künftigen Raumordnungspolitik die «Theorie der differenzierten Bodennutzung» in den Vordergrund gestellt, welche vor allem in den USA entwickelt worden ist. Sie soll den Weg zu einer *Optimierung der ökonomischen und ökologischen Forderungen* nach räumlicher Spezialisierung und Konzentration bzw. Durchmischung und Dezentralisierung weisen, indem der Raum nach dem Muster eines Schachbrettes in Kleinregionen relativ homogener, d. h. spezialisierter Funktionen aufgeteilt wird, welche gesamthaft jedoch derart angeordnet sind, dass sie ein langfristig sicheres und stabiles Ganzes zu bilden vermögen.

Das Ideengut ist im Grunde nicht absolut neu, indem es an das auch in der forstlichen Literatur, so z. B. bei *Barthelmess*, hervorgehobene Prinzip kleinräumiger «Ökumenen» erinnert (vgl. A. Barthelmess: Wald — Umwelt des Menschen. Dokumente zu einer Problemgeschichte von Naturschutz, Landschaftspflege und Humanökologie, Freiburg/München 1972; Besprechung in Schweiz. Z. Forstwes. 124. Jg., 1973, S. 934). Wesentlich erscheint aber das Bestreben, ökonomische und ökologische Forderungen an die Raumordnung zu verbinden. Die laufenden Tendenzen weisen damit die Raumordnungspolitik in eine Richtung, welche vom kurzfristig Wirtschaftlichen in eine *langfristige und gesamtheitliche Daseinsvorsorge* führt.

## **Wildbestände in der Schweiz weitgehend konstant**

Auswertung der Eidg. Jagdstatistik 1977,  
mitgeteilt vom Schweizer Hege-Ring

Oxf.: 156.9

Die Wildbestände in der Schweiz haben sich seit dem letzten Jahr nur wenig verändert. Dies geht aus der soeben erschienenen Jagdstatistik für das Jahr 1977 des Eidg. Oberforstinspektorates, Sektion Jagdwesen, hervor. Nachdem in den vergangenen Jahren bei den meisten Wildarten ein steter Anstieg verzeichnet wurde, gelang es 1977 durch sorgfältig erstellte und teilweise erweiterte Abschusspläne und Reduktionsjagden, die Wildbestände weitgehend zu stabilisieren.

### **Starke Steinwildbestände**

Trotz der im Kanton Graubünden im letzten Herbst beim bisher geschützten Steinwild durchgeführten Reduktionsjagd, haben sich die Bestände weiterhin soweit vermehrt, dass auch dieses Jahr nochmals 280 Tiere, sorgfältig ausgesucht nach Standort, Alter und Geschlecht, zur Jagd freigegeben werden. Mit dieser Jagd werden nur Jäger mit langjähriger Jagdpraxis und einer Spezialausbildung für die Steinwildjagd betraut. Aber auch beim Reh- und Gemswild wurden 1977 die Bestände durch eine gegenüber dem Vorjahr erweiterte Reduktion der weiblichen Tiere und des Jungwildes an einem zu schnellen Wachstum gehindert.

### **Grössere Wildschäden**

Wie aus der Jagdstatistik hervorgeht, sind die Kosten für die Wildschadenvergütung im vergangenen Jahr um rund Fr. 100 000.— auf gesamthaft Franken 1 650 000.— angestiegen. Zur Verminderung dieser für land- und forstwirtschaftliche Kulturen eine ernstzunehmende Bedrohung darstellenden Wildschäden, bedarf es der steten und verantwortungsbewusst gehandhabten Regulierung aller Wildbestände. In der Schweiz übernehmen annähernd 32 000 private Jäger diese Aufgabe. Sie bringen dem Staat durch Pacht- und Patentgebühren nicht nur Einnahmen von rund 12,5 Mio Franken, sondern sie sorgen auch auf freiwilliger Basis für die Hege des Wildes. In den Revierkantonen Zürich, Luzern, Solothurn, Baselstadt, Basel-Land, Schaffhausen, St. Gallen, Aargau und Thurgau werden zudem die beträchtlichen Auslagen für Wildhut, Wildschadenverhütung und -vergütung von rund 1,5 Mio Franken durch die privaten Jäger beglichen. Auch bei der Bekämpfung der sich weiter ausbreitenden Tollwut leistete die private Jägerschaft einen wichtigen Beitrag. Für Abschuss- und Fangprämien für Raubwild zur Eindämmung dieser Seuche wurden rund Fr. 410 000.— aufgewendet, rund Fr. 100 000.— mehr als im Vorjahr.